

11.23

Bundesminister für Inneres Mag. Wolfgang Sobotka: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich darf mich herzlich für die Debattenbeiträge bedanken, die mir zeigen, dass das Sicherheitsbedürfnis unserer Landsleute allen ein großes Anliegen ist.

Es ist selbstverständlich, dass sich diesbezüglich unterschiedliche Sichtweisen auftun. Ein Innenminister ist letzten Endes auch dafür verantwortlich, dass man in der öffentlichen Diskussion unterschiedlichen Meinungen mit Respekt begegnet und sie zusammenführt, denn ich denke, niemand von uns will das, was in Deutschland passiert ist, in Sachsen, wo ich Verwandte habe, die sich mit der Situation schwer abfinden können, dass Flüchtlingsheime brennen, dass noch Öl ins Feuer gegossen wird. Es ist nicht notwendig, dass wir Situationen erleben, die ein gesellschaftliches Auseinanderbrechen nach sich ziehen. Daher wird uns der Generalverdacht mit Sicherheit nicht helfen.

Ich kann Ihnen heute keine statistische Darstellung in allen einzelnen Deliktfällen präsentieren; dazu gibt es den Sicherheitsbericht, der uns dann auch die langfristigen Maßnahmen setzen lässt. Es zeigt sich aber – und darum haben wir jetzt mit diesem Aktionsplan für Österreich begonnen –, dass wir eine Tendenz feststellen können, dass die Zahl der Kriminalitätsfälle steigt. Festzuhalten ist jedoch: 2004 hatten wir 643 000 Delikte, und 2015 ging die Kriminalität im Vergleich zum Vorjahr wiederum um 1,9 Prozent zurück, da hatten wir 517 000 Delikte zu verzeichnen.

Dabei sehen wir vermehrt ein Täterprofil: 60 Prozent der Täter sind Männer im Alter von etwa 14 bis 40 Jahren. Es zeigt sich ebenfalls eine Häufung – ich habe es auch heute der Statistik des Bundesministers für Justiz entnehmen können –, dass die Inhaftierten, die aus EU-Ländern beziehungsweise aus Nicht-EU-Ländern kommen, in unseren Gefängnissen etwa 50 Prozent ausmachen und 50 Prozent aus Österreich sind. Es nützt niemandem etwas, Zahlen, die auftauchen, nicht zur Kenntnis zu nehmen, und es geht nicht um Vorverdächtigungen und Pauschalisierungen, sondern es geht ganz klar darum, die Sache beim Namen zu nennen und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Derzeit schon finden Sie Maßnahmen gegen Gewalt im Sicherheitspolizeigesetz. Die Situation, die wir seinerzeit bei Fußballhooligans hatten, hat sich durch die Maßnahme der Meldepflicht und der damit einhergehenden Belehrung, wie im Sicherheitspolizeigesetz vorgesehen, in den Szenen an unseren Fußballplätzen wesentlich verbessert. Diese Maßnahme muss ganz wesentlich zur Prävention

getroffen werden, um keine kriminelle Karriere zu starten. Wir wissen, das beginnt mit kleinen Fällen, mit kleinen Delikten des Diebstahls und des Verletzens des Suchtmittelgesetzes, und geht dann leider Gottes, das zeigt eben die Statistik, weiter, sodass am Ende auch schwere Delikte nicht nur der Körperverletzung, sondern der Vergewaltigung und des Todschlags stehen, und daher ist jetzt auf mehreren Ebenen anzusetzen.

Es geht um eine Präventionsebene. Daher habe ich auch gebeten, dass wir die Integrations- und Asylbeauftragten der Länder zu uns bitten, um gemeinsam einen Maßnahmenplan zu erarbeiten, wie wir mit den Asylwerbern umgehen. Dabei geht es nicht darum, sie auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren – bei einer steigenden Arbeitslosigkeit ist das auch nicht möglich. Es geht darum, einen geordneten Alltag für sie zu ermöglichen. Der geordnete Alltag jener, bei denen wir sicher annehmen können, dass das Asylrecht in die Anwendung kommen und Asyl ausgesprochen wird, besteht darin, dass mit Deutsch- und Wertekursen begonnen wird, damit wir eine Möglichkeit haben, auch eine gelingende Integration sicherzustellen.

Warum die Verfahren so lange dauern, liegt ganz einfach an der Zahl der Mitarbeiter. Sie können heute einen Mitarbeiter nicht per Mausclick oder Schnipsen bestellen, da bedarf es einer Ausbildung, und das BFA hat nach dem Finanzrahmen 400 Dienstposten zusätzlich zugestanden bekommen, weil es für uns notwendig ist, diese Verfahrensdauer wieder zu reduzieren.

Wir hatten vor wenigen Jahren eine Verfahrensdauer von drei Monaten. Heute liegen wir bei siebeneinhalb Monaten, und wir werden uns dementsprechend in der Situation, in der etwa 65 000 Asylanträge – ich kann die genaue Zahl nicht sagen – in Bearbeitung sind, ganz einfach hinsichtlich der Zeitdauer, um das Verfahren ordnungsgemäß abzuschließen, auch zweitinstanzlich, mit längeren Verfahren auseinandersetzen müssen.

Es ist aber in der gleichen Situation ganz klar, dass wir, was die Rückkehr anlangt, sehr erfolgreich sind. Wenn Sie sich das EU-Programm des Resettlements mit 22 500 Plätzen im Gegenzugverfahren, in dem wir Leute in geordneten Bahnen nach Österreich hereinnehmen beziehungsweise die Abschiebungen auf der anderen Seite durchführen, ansehen, so sehen Sie, der erste Block hat etwa 5 600 Resettlement-Fälle gebracht. Das österreichische Kontingent beträgt 1 900 Resettlement-Plätze, und Österreich hat zum aktuellen Zeitpunkt – das ist etwa zwei Wochen her – bereits 1 425 Fälle durchgeführt. Das heißt, dort, wo es um ganz konkreten Resettlement-

Zuzug geht, erfüllt Österreich mehr denn je im Vergleich zu allen anderen Staaten auch seine internationalen Verpflichtungen.

Es geht auch nicht um eine Pauschalisierung des Islam oder der Männer als solcher, sondern wir sehen ganz einfach, dass wir in Österreich in etwa von einer Zahl von 280 Dschihadisten ausgehen können. Wir wissen nicht, wie viele sich tatsächlich hier aufhalten; jene, von denen wir wissen, dass sie aus dem Dschihad zurückgekommen sind, werden auch observiert. Wir wissen auch nicht genau, wie viele bereits in diesen kriegerischen Auseinandersetzungen gestorben sind; man schätzt, etwa 43, 44 Fälle, schlussendlich hat man aber keine verlässlichen Informationen.

Das heißt, es geht hier nicht um ein Pauschalisieren des Islam, ganz im Gegenteil. Mit den Religionsgesellschaften pflegen wir einen intensiven Kontakt, damit sie auch selbst einen Beitrag dazu leisten, dass diese Radikalisierung im Islam nicht Fuß fasst. Aber Parallelgesellschaften zuzulassen, die die Frauenrechte massiv beschneiden – das wird ein Innenminister nicht dulden können. Wir müssen alle Maßnahmen setzen, die das auch schon vorab, in dieser Situation der Prävention, ermöglichen.

Daher wollen wir die Meldepflicht für straffällige Täter im Sicherheitspolizeigesetz einführen, damit wir ihrer habhaft werden, damit wir sie im Zuge der Meldeverpflichtung – so wie bei Hooligans auch – mit unseren Wertvorstellungen konfrontieren und ihnen aufzeigen, wohin diese Täterschaft, die da mit einem eigentlich nur geringfügigen Rechtsbruch begonnen hat, führen kann. Ich glaube, es ist notwendig, junge Menschen, egal, woher sie kommen, mit dieser Materie zu konfrontieren, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich auch an unsere gesetzlichen und kulturellen Normen zu gewöhnen beziehungsweise sie zur Kenntnis zu nehmen.

Was den Polizeistand anlangt, darf ich Ihnen versichern, dass das keine Nachbesetzungen der Pensionierungen sind, sondern zusätzliche Stellen geschaffen werden. Sie können das nicht nur im Dienststellenplan, sondern tatsächlich in der Mannschaftszahl des Innenministeriums sehen. 2015 sind 1 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazugekommen – nur die Aufgaben werden auch mehr. Es wird bei den zusätzlichen 2 000 Mitarbeitern, die in einem Zeitraum von vier Jahren aufzunehmen sind, notwendig sein, dass vor allem die Dienstposten draußen nach ihren Gefahrenpotenzialen oder ihren Aufkommen bewertet und dort die Dienstzuteilungen stattfinden werden. Dass bei einem Mannschaftsstand von einer Zahl X nicht alle immer dort den Dienst versehen, liegt an den Sondereinheiten und an den besonderen Verwendungen.

Denken Sie nur an die Demonstrationen, die am Brenner stattgefunden haben: Wenn wir mit den Identitären und den Linken rechnen, die dort aus Italien aufeinandergeprallt sind – das waren etwa 600 an der Zahl –, dann waren von österreichischer Seite mehr als 400 Polizisten, auch aus den anderen Bundesländern zusammengezogen, in den Einsatzeinheiten. Das heißt, sie können den Dienst dann nicht am Posten versehen.

Aber auf der anderen Seite sind sehr viele in Spezialausbildungen – als Hundeführer, im Tauchbereich, in der Cobra – letzten Endes auch im Dienststand vermerkt, die dann, wenn sie wieder den Normaldienst versehen, der Polizeiinspektion auch sehr viel Wissen mitgeben. Das ist, glaube ich, eine gute Praxis, um nicht Sondereinheiten aufzustellen, die nur per se stehen, sondern die immer auch in den Normaldienst zurückkehren, um auf der einen Seite das Wissen auf den Polizeiinspektionen und die breite Verbrechensbekämpfung zu intensivieren und auch die anderen Kollegen dabei mitzunehmen und auf der anderen Seite die Effizienz und Schlagkraft unserer Polizei zu erhöhen, die durchaus – und das können wir nicht leugnen – in den letzten zehn Jahren eine wirklich hervorragende Arbeit geleistet hat; sonst wären nicht aus 643 000 Delikten nur mehr 517 000 geworden.

Das ist sicherlich auch zu viel, aber es wäre eine Illusion, zu glauben, wir könnten, wenn wir genügend Polizisten hätten, alle diese Straftaten zur Gänze verhindern. Das wird uns auch mit den besten Strukturen in polizeilicher Hinsicht nicht gelingen. Daher ist es notwendig, das Sicherheitsbewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher zu treffen. Wir sehen ganz deutlich, dass die Einbruchsdiebstähle dort zurückgehen, wo die Umgebung auch sensibel ist und bemerkt: Welches Auto gehört dort nicht hin? Wer befindet sich in einer Wohnhausanlage, der nicht dorthin gehört?

Es ist notwendig, die Gesellschaft vom Wegschauen zum Hinschauen zu bringen. Daher hat meine Vorgängerin die Aktion „Gemeinsam sicher“ ins Leben gerufen, von der ich mir, wenn sie sich wirklich in der Ausrollung befindet – das wird einige Zeit in Anspruch nehmen –, auch sehr viel erwarte.

Ich sehe, das Interesse in der Diskussion ist ein sehr großes, und wir sind in unserem Haus gern bereit, Ihnen alle Daten und Fakten für die parlamentarische Arbeit zur Verfügung zu stellen. Uns liegt die Sicherheit der Landsleute am Herzen, und da geht es nicht um die Person Sobotka oder die Regierung, sondern es geht um die Sicherheit unserer Landsleute. Von ihnen sind wir gewählt worden, und für sie haben wir unsere Arbeit zu erbringen. *(Beifall bei der ÖVP sowie bei Bundesräten von SPÖ und FPÖ.)*

11.35

Vizepräsidentin Ingrid Winkler: Danke, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen liegen dazu nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.